

AKTIONSANLEITUNG

EINSCHRÄNKUNG DER VERSAMMLUNGSFREIHEIT UND STRAFLOSIGKEIT BEI POLIZEIGEWALT IN GUINEA



Thema: Einschränkung des Rechts, sich frei und friedlich mit anderen zu versammeln, und Straflosigkeit bei exzessiver Gewaltanwendung durch Angehörige der Sicherheitskräfte sowie willkürliche Verhaftungen.

Überblick: Exzessive Gewaltanwendung durch Angehörige der Verteidigungs- und Sicherheitskräfte ist ein tief verwurzeltes Problem in Guinea. Der Amnesty-Bericht „Marcher et Mourir. Urgence de justice pour les victimes de répression des manifestations en Guinée“ (Dt. in etwa: „Demonstrieren und sterben. Höchste Zeit für Gerechtigkeit für die Opfer der Unterdrückung von Demonstrationen in Guinea“, AFR 29/2937/2020) zeigt, wie zwischen Oktober 2019 und Juli 2020 Gewalt systematisch eingesetzt wurde, um Proteste zu unterdrücken.

Dabei sind mindestens...

... 50 Personen ums Leben gekommen und

... 200 Personen verletzt worden.

Am 18. Oktober 2020 fanden in Guinea Präsidentschaftswahlen statt. Nach der Wahl kam es bei Demonstrationen erneut zu Ausschreitungen und zahlreichen Toten. Es wurden Wohnungen und Privateigentum zerstört und die Internet- und Telefonverbindungen waren z. T. gestört oder unterbrochen. Deshalb ist jetzt der Moment, um aktiv zu werden und unsere Forderungen an die guineischen Behörden heranzutragen!

PROBLEMATIK

Zahlreiche Tote und Verletzte bei Demonstrationen

Seit Oktober 2019 finden in Guinea zahlreiche **Demonstrationen** statt. Sie richten sich vor allem **gegen eine Verfassungsänderung**, die in einem umstrittenen Referendum am 22. März 2020 durchgesetzt wurde und mit der sich Präsident Alpha Condé eine dritte Amtszeit ermöglicht hat. Außerdem gab es Demonstrationen gegen die **schlechte Stromversorgung** und gegen die Umsetzung der **Maßnahmen in der Corona-Pandemie** – insbesondere gegen Straßensperren.

Der aktuelle Bericht zeigt, dass die Verteidigungs- und Sicherheitskräfte Guineas regelmäßig exzessive Gewalt gegen friedliche Demonstrant_innen und Passant_innen anwenden. Dabei sind zwischen Oktober 2019 und Juli 2020 **mindestens 50 Personen ums Leben gekommen und ca. 200 verletzt** worden, von denen einige immer noch unter den schweren Folgen leiden.

Die Behörden haben zudem gezielt **versucht, die Zahl der Opfer zu verschleiern**. So wurden Verwundete mit Schussverletzungen und Tote in öffentlichen Krankenhäusern z. T. nicht aufgenommen, sodass keine Autopsie durchgeführt werden konnte.

Unterdrückung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit

Zwischen Oktober 2019 und Februar 2020 wurden mindestens 10 **Versammlungen verboten**. Auch danach wurden mehrere Demonstrationen untersagt – z. T. unter Berufung auf fadenscheinige Argumente wie die Vorbereitung auf den Internationalen Frauentag. Dabei stützt sich die Regierung häufig auf ein Gesetz, das jede **Versammlung untersagt, die „die öffentliche Ruhe stören“** könnte. Außerdem fordern die Behörden, dass für Versammlungen vorab eine Genehmigung eingeholt werden muss. Dies widerspricht u. a. den Leitlinien der Afrikanischen Kommission für die Menschenrechte und Rechte der Völker zu Polizeieinsätzen bei Versammlungen.

Mindestens **70 Personen wurden willkürlich oder ohne Kontakt zur Außenwelt inhaftiert**, nur weil sie von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch gemacht oder an friedlichen Demonstrationen teilgenommen haben. Mehr als 15 Mitglieder des Bündnisses Front National pour la Défense de la Constitution (FNDC) waren davon betroffen. Dieses hatte sich gegen die Verfassungsänderung eingesetzt. Rund um das Verfassungsreferendum ist es zudem zu **Internetsperren** gekommen, wodurch das Recht auf freie Meinungsäußerung und auf Zugang zu Informationen verletzt wurde.

Die Zentralkommission der Kriminalpolizei DCPJ setzte dabei Aufklärungs-, Überwachungs- und Beschattungsmittel gegen Oppositionelle ein, die sie durch die **Unterstützung und Ausbildung der Europäischen Union** erlangt hat und die eigentlich im Kampf gegen den Terror eingesetzt werden sollten.

Straflosigkeit

All diese Ereignisse reihen sich ein in eine lange Tradition exzessiver Gewalt gegen Protestierende ein, die fast immer straffrei bleibt. **Seit 2010** wurden nach Informationen von Amnesty International **nur in einem Fall** Sicherheitskräfte für den Einsatz exzessiver Gewalt bei Demonstrationen **zur Verantwortung gezogen**: Im Februar 2019 wurde ein Polizeihauptmann für die Tötung des Demonstranten Thierno Hamidou Diallo im Jahr 2016 verurteilt.

Es besteht nun die Gefahr, dass es im Zusammenhang mit den Wahlen zu weiteren starken **Spannungen** in der Bevölkerung kommt, denn Straflosigkeit bietet den Nährboden für Gewalt und Misstrauen in die Institutionen.

HINTERGRUND

Die Unterdrückung der Meinungsfreiheit mithilfe exzessiver Gewaltanwendung durch Verteidigungs- und Sicherheitskräfte, die dafür nicht zur Rechenschaft gezogen werden, zieht sich wie ein roter Faden durch Guineas Geschichte – vom Regime des ersten Präsidenten Ahmed Sékou Touré bis zur Regierung des aktuellen Präsidenten Alpha Condé, der ehemals selbst als Oppositioneller verfolgt wurde und ins Exil ging und bei seiner Wahl 2010 als Hoffnungsträger galt.

Die Versammlungsfreiheit ist kein Privileg, sondern ein Recht!

In Guineas **Verfassung** und in den Gesetzen über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung sind das Recht, sich friedlich mit anderen zu versammeln, und das Recht auf Meinungsfreiheit verankert. Die guineischen Behörden und insbesondere Präsident Alpha Condé und seine Minister_innen haben sich auf nationaler und internationaler Ebene **verpflichtet, die lange Tradition der Straflosigkeit zu beenden**. Dazu haben sie technische und finanzielle Unterstützung von internationalen Partnern erhalten. Dennoch werden diese Rechte weiterhin verletzt. Dafür sind folgende Hauptgründe zu nennen:

- **Regelungen im Strafgesetzbuch** schränken das Recht, sich friedlich mit anderen zu versammeln, stark ein. Die Behörden legen die Bestimmungen so aus, dass Versammlungen vorab genehmigt werden müssen. Da Anträge jedoch abgelehnt werden, haben sich Demonstrant_innen mehrfach über Versammlungsverbote hinweggesetzt. Daraufhin setzten die Sicherheitskräfte unverhältnismäßige Gewalt ein.
- Obwohl die guineischen Behörden es abstreiten, werden regelmäßig **bewaffnete Soldat_innen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung** eingesetzt. Sie nutzen tödliche Waffen auch in Situationen, in denen ihr Einsatz laut den UN-Grundsätzen für die Anwendung von Gewalt und Schusswaffen durch Vollzugsbeamte und laut dem Gesetz über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung von 2015 verboten ist.
- **Untersuchungen** von Menschenrechtsverletzungen **verlaufen im Sande**. Dadurch bleibt den Opfern von Menschenrechtsverletzungen und ihren Familien der Zugang zur Justiz und damit auch zu Gerechtigkeit und Entschädigung verwehrt. Die Behörden haben zudem gezielte Maßnahmen ergriffen, um die verheerende Bilanz zu schönen.

Bei der UPR 2015 und 2020 haben die guineischen Behörden **Empfehlungen zur Durchführung von Ermittlungen** im Zusammenhang mit Tötungen bei Demonstrationen angenommen. Es ist nun an der Zeit, diesen Verpflichtungen nachzukommen.

Für den aktuellen Bericht wurden **mehr als 100 Personen befragt**, unter ihnen Menschenrechtsverteidiger_innen, Opfer von Menschenrechtsverletzungen, ihre Anwälte und Familien. Zudem wurden Videos, Fotos und ärztliche Dokumente ausgewertet. Der Bericht wurde den Behörden vor Veröffentlichung übermittelt und sie konnten Stellung nehmen. Die Regierung weist die Ergebnisse jedoch entschieden zurück.

Aus der Vergangenheit sei an ein weiteres besonders drastisches Beispiel für exzessive Gewalt gegen Protestierende und Straflosigkeit erinnert: das **Massaker vom 28. September 2009**. Damals rief eine Koalition aus politischen Parteien, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen zu einer friedlichen Demonstration im Stadion von Conakry auf, um gegen die autoritäre Regierung des damaligen Präsidenten Camara und seine Kandidatur bei den für Januar 2010 angesetzten Präsidentschaftswahlen zu protestieren. Die Sicherheitskräfte beendeten diese Demonstration gewaltsam. Mehr als 150 Personen wurden dabei außergerichtlich hingerichtet, über 1500 verletzt, und viele Frauen öffentlich vergewaltigt. Bis heute liegen im Prozess gegen die Verantwortlichen keine greifbaren Ergebnisse vor.

ZIELE

Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit

Die guineischen Behörden

- wahren das Recht, sich friedlich zu versammeln, in Einklang mit dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (IPBPR), der Afrikanischen Charta der Menschenrechte und Rechte der Völker und der Resolution der Afrikanischen Kommission für die Menschenrechte und Rechte der Völker (ACHPR) über das Recht auf friedliche Demonstrationen.
- berücksichtigen stets die UN-Grundsätze für die Anwendung von Gewalt und Schusswaffen durch Vollzugsbeamte und die Leitlinien der ACHPR zur Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung bei Versammlungen
- legen im Gesetz über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung genau fest, in welchen Fällen die Vollzugsbeamten berechtigt sind, Schusswaffen zu tragen und welche Schusswaffen und Munition zugelassen sind.
- stellen sicher, dass den zuständigen Behörden detaillierte Berichte übermittelt werden, wenn Personen verletzt werden oder ums Leben kommen.
- sorgen dafür, dass Vorgesetzte zur Verantwortung gezogen werden, wenn sie nicht alles in ihrer Macht stehende unternommen haben, um den Einsatz von exzessiver Gewalt und Schusswaffen durch ihnen unterstehende Sicherheitskräfte zu verhindern, zu beenden oder zu melden.
- sorgen dafür, dass Personen, die bei Demonstrationen verletzt wurden oder anderweitig zu Schaden gekommen sind, schnell medizinische Hilfe erhalten. Dies gilt auch für Personen, die in diesem Kontext festgenommen wurden.

Ende der Straflosigkeit und Wahrung der Rechte der Opfer

Die guineischen Behörden:

- kommen ihrer Verpflichtung nach, der Kultur der Straflosigkeit ein Ende zu setzen. Sie ergreifen konkrete Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Sicherheitskräfte und die Justiz klare Anweisungen erhalten, stets das Völkerrecht und die Menschenrechte zu wahren.
- führen zeitnah umfassende, unabhängige und unparteiische Ermittlungen durch, wenn Personen bei Demonstrationen ums Leben kommen oder der Verdacht besteht, dass Angehörige der Sicherheitskräfte Folter oder andere Misshandlungen begangen haben.
- führen sofort Verfahren gegen alle Personen durch, die in Verdacht stehen, Demonstrant_innen oder Passant_innen getötet oder verletzt zu haben. In der Zwischenzeit werden verdächtige Sicherheitskräfte vom Dienst suspendiert.
- ermitteln transparent, wie viele Personen bei Demonstrationen ums Leben gekommen sind, und lassen den Familien die Ergebnisse der Autopsie zukommen.
- ermöglichen den Opfern und ihren Familien Zugang zur Justiz und zu Entschädigung.

Bis Ende 2020 hat Deutschland die **EU-Ratspräsidentschaft** inne. Vor diesem Hintergrund fordern wir die Mitgliedstaaten der EU und insbesondere die deutsche Regierung auf:

- künftige Ausbildungsunterstützung sowie finanzielle und operationelle Unterstützung für die guineischen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte angesichts wiederholter Vorwürfe rechtswidriger Tötungen und anderer Menschenrechtsverletzungen zu überdenken.
- mögliche künftige Lieferungen von Waffen und Sicherheitsausrüstung nach Guinea aussetzen.
- verstärkte Unterstützung zum Aufbau eines unabhängigen und effizienten Rechtssystems bereitzustellen, um der Straflosigkeit bei Menschenrechtsverletzungen durch Verteidigungs- und Sicherheitskräfte in Guinea ein Ende zu setzen.
- die Einrichtung eines Fonds zu fördern, mit dem medizinische Ausgaben für Personen, die bei Demonstrationen schwer verwundet wurden, erstattet und Entschädigungen für die Bestattungskosten an die Familien der Todesopfer gezahlt werden können.

AKTIONSVORSCHLÄGE

Teilt den Bericht in den sozialen Medien

Dazu könnt ihr die Bilder, das Video und folgenden **Textvorschlag** verwenden:

Unser neuer @amnesty-Bericht zeigt: Zwischen Oktober 2019 und Juli 2020 sind in #Guinea bei Demonstrationen mindestens 50 Menschen getötet 200 verletzt worden. #Polizeigewalt stoppen! #EU muss Lieferung von Ausrüstung an Sicherheitskräfte aussetzen! <https://www.amnesty.org/en/documents/afr29/2937/2020/fr/>

Im Laufe der Kampagne sollen **weitere Materialien** zur Verfügung gestellt werden (Videos, Podcasts, Infografiken, Bilder etc.). Meldet euch gern bei uns, wenn ihr darüber auf dem Laufenden gehalten werden wollt.

Schreibt Briefe

Schreibt Briefe an die guineische Botschaft, um auf das Problem aufmerksam zu machen. Einen **Musterbrief** findet ihr im Anhang. Die Adresse lautet:

S.E. Siradio Diallo
Botschaft der Republik Guinea
Jägerstr. 67/69
10117 Berlin

Sammelt Unterschriften

In einer **Petition an das guineische Justizministerium** legen wir unsere Forderungen dar. Die Petition läuft zunächst bis Ende Januar 2021.

Auch wenn es unter den aktuellen Bedingungen nicht ganz einfach ist, würden wir uns freuen, wenn ihr so viele Unterschriften wie möglich sammelt – zum Beispiel in euren Gruppen oder an Ständen im Freien unter Wahrung der notwendigen Hygienemaßnahmen (berücksichtigt dabei die aktuellen Hinweise der deutschen Sektion zu Aktionen in der Corona-Pandemie).

Zeigt euch solidarisch

Die **Opfer** von Polizeigewalt in Guinea **fühlen sich häufig im Stich gelassen**. Ihnen wird der Zugang zur Justiz verwehrt und sie erhalten keine Unterstützung von den Behörden.

Es wurden **vier Fälle** ausgewählt, zu denen Amnesty verstärkt arbeiten wird. Wir haben zunächst **einen Fall ausgewählt**, zu dem wir als **deutsche Sektion arbeiten** wollen.

Bei Interesse können wir euch aber auch Materialien für weitere Fälle zur Verfügung stellen.

Alpha Omar Diallo – querschnittsgelähmt durch Schussverletzung

Am **14. Oktober** wurde der 29-jährige Maurer Alpha Omar Diallo **von einer Kugel getroffen** und ist seitdem **querschnittsgelähmt**. An diesem Tag wollte er wie gewohnt in einem Café in seinem Viertel frühstücken. Er nahm normalerweise nicht an den Demonstrationen teil, schloss sich an diesem Tag aber seinen Bekannten an, die im Viertel gegen die dritte Amtszeit von Alpha Condé demonstrierten.

Es kam zu Ausschreitungen zwischen den jungen Demonstrant_innen und Sicherheitskräften. Die Sicherheitskräfte setzten Tränengas ein. Ein verummter Gendarm schoss auf die Demonstrierenden. Zunächst auf einen Jugendlichen, der das Leben verlor, dann auf Alpha Omar. Laut Zeugenberichten feuerte der Gendarm die Schüsse aus einer Nebenstraße ab. Die Kugel traf Alpha Omar am Hals und trat am Rücken wieder aus. Im Krankenhaus wurde ihm eine „schlafte Tetraplegie infolge eines Halsdurchschusses“ diagnostiziert. Alpha Omar ist nun abhängig von seinem Bruder. Er erhält keine Unterstützung von den Behörden, um seine teure medizinische Behandlung bezahlen zu können. Er sagte Amnesty International: „Ich fordere die Behörden auf, sich um mich zu kümmern, damit ich wieder gesund werde und wieder laufen kann. Ich kann wegen der Schmerzen nicht schlafen.“



So könnt ihr euch für Alpha Omar Diallo einsetzen:

Solidaritätsbotschaften

Schreibt Alpha Omar Diallo eine Solidaritätsbotschaft oder lasst ihm einen anderen Gruß zukommen (Bilder, Sprachnachrichten o.ä.). Am besten schickt ihr sie **per E-Mail** an folgende Adresse: solidarite@amnestyguinee.org (E-Mail-Adresse der guineischen Sektion), da Briefe per Post seit der Corona-Pandemie z. T. nicht ankommen.

Die guineische Sektion wird die Botschaften dann ausdrucken und ihm überreichen.

Schreibt in den Betreff: Message de solidarité à Alpha Omar Diallo

Textvorschlag:

Cher Alpha

Nous avons appris votre histoire et admirons votre courage. Nous vous souhaitons une meilleure santé. Nous allons continuer à demander aux autorités justice pour vous.

Solidairement

(Dt.: Lieber Alpha,

wir haben von Ihrer Geschichte erfahren und bewundern Ihren Mut. Wir wünschen Ihnen gute Besserung und fordern von den Behörden Gerechtigkeit für Sie.

Mit freundlichen Grüßen)

Soziale Medien

Postet Informationen zum Fall von Alpha Omar Diallo in den sozialen Medien.

Textvorschlag:

#Polizeigewalt in #Guinea: Alpha Omar Diallo wurde bei einer Demonstration von einer Kugel getroffen und ist nun querschnittsgelähmt. Amnesty International fordert die guineische Regierung auf, Opfer und ihre Familien zu unterstützen und die Täter zur Rechenschaft zu ziehen!

Briefe an die Regierung

Schreibt einen Brief an den Gesundheits- und den Justizminister. Sendet ihn am besten per E-Mail, da seit Beginn der Corona-Pandemie Briefe auf dem Postweg z.T. nicht ankamen.

Adresse **Justizminister:**

Ministre de la justice
Maitre Mory Doumbouya
Ministre de la justice Garde des Sceaux
BP 564 Conakry Guinée

E-Mail-Adresse: maitredoumbouya@yahoo.com

Adresse **Gesundheitsminister:**

Ministre de la Santé et de l'hygiène publique
Médecin Colonel Rémy Lamah
BP 2489 GUINEE

E-Mail-Adresse seines Assistenten: bachir.kante@sante.gov.gn

Einen **Musterbrief** und die deutsche Übersetzung findet ihr im Anhang.

ORGANISATORISCHES

Zeitplan für die Aktion:

Phase 1

Rund um die Wahl am 18. Oktober bis zum Amtsantritt des neuen Präsidenten im Dezember 2020

Aktionen: Briefe an die Botschaft Guineas, Arbeit zu Einzelfällen, Posts in den sozialen Medien

Phase 2

Ab Januar 2021 (weitere Materialien werden zur Verfügung gestellt)

Aktionen: Appelle an die neuen guineischen Behörden, weiterhin Arbeit zu Einzelfällen

Beteiligte Kogruppen: Westafrika

Ansprechpartnerin: Maike Wohlfarth, guinea@amnesty-westafrika.de, +49(0)176/83067767

Weiterführende Informationen zu Menschenrechtsverletzungen in Guinea:

<https://amnesty-westafrika.de/guinea/>

Materialien:

- Bericht (EN/FR)
- Musterbrief an die guineische Botschaft (FR/DE)
- Musterbrief zum Fall Alpha Omar Diallo (FR/DE)
- Petition (FR/DE)
- Kurzes Video für soziale Medien (FR)
- Bilder für die sozialen Medien (EN/FR)